

**MDR Aktuell –  
Wahlkreis Ost - Der Politik-Podcast aus Leipzig**

Freitag, 29. März 2024

Thema: Die SPD, der Kanzler und der Krieg

**Anne-Marie Kriegel, Moderatorin  
und Malte Pieper, Moderator**

MDR Aktuell – Das Nachrichtenradio

**Prof. Dr. Armin Willingmann**

Stellv. Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt,  
Minister für Wissenschaft, Energie, Klima und  
Umwelt in Sachsen-Anhalt

**Malte Pieper**

Hallo und willkommen zum Ost-West-Ritt durch die deutsche Politikszene. Mein Name ist Malte Pieper. Ich bin Redakteur und Moderator bei MDR Aktuell. Dieses Mal ohne Anja Meyer an meiner Seite dafür mit Annemarie Kriegel mir gegenüber. Hallo, Annemarie!

**Anne-Marie Kriegel**

Hallo, Malte!

**Malte Pieper**

Annemarie, du warst lange Landeskorrespondentin von MDR Aktuell in Sachsen-Anhalt. Und das passt deshalb so gut, denn wir haben heute so eine Art Hidden Champion zu Gast aus Sachsen-Anhalt: Nämlich einen Mann, der inzwischen regelmäßig seine Amtskollegen weit hinter sich lässt, der in seinem Politikbereich hochangesehen ist und von dem Nichteingeweihte trotzdem kaum etwas mitbekommen, obwohl er im Hintergrund allzu häufig die Strippen zieht.

**Anne-Marie Kriegel**

Genau, die Rede ist von Armin Willingmann. Der ist Vizeministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Minister für Wissenschaft, Energie, Klima und Umwelt und gerade erst zum dritten Mal schon vom Deutschen Hochschulverband zum Wissenschaftsminister des Jahres gewählt worden. Also alle Ehre an Herrn Willingmann! Herzlich willkommen!

**Malte Pieper**

Der wird auch schon so ein bisschen rot bei so viel Lobhudelei direkt am Anfang. Herr Willingmann, bevor wir mit Ihnen über die sehr besondere Wissenschaftslandschaft, über eine

mögliche Benachteiligung ostdeutscher Hochschulen, über Netzwerke von West-Professoren reden, darüber, wie man bei Ihnen selbst mit der Frage nach Wessi oder Ossi scheitern kann, muss ich zunächst mal den Sozialdemokraten in ihnen kitzeln. Wir erleben in Berlin ein einzigartiges Hickhack in der Ampelkoalition ein Hin, ein Her, das in der Taurus-Debatte einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Während Grüne und FDP die Marschflugkörper liefern wollen, mahnt der Kanzler Olaf Scholz: wir dürfen uns nicht in den Krieg hineinziehen lassen. Er setzt, so wirkt es, auf den alten Wahlkampfschlager Friedenskanzler wie einst Gerhard Schröder. Ist Ihre Partei da auf dem richtigen Weg, näher an AFD und Sahra Wagenknecht zu sein, als bei FDP, Grünen und der Union?

01:53

**Armin Willingmann**

Ganz ohne Frage ist die SPD nicht näher an der AFD und an der BSW. Richtig ist aber auch, dass wir hier in der Tat einen Kanzler haben, der einen ganz konsequenten Friedenskurs fährt. Den hat er nie verheimlicht. Das Mantra: Sich nicht in diesen Krieg hineinziehen lassen zu wollen und gleichzeitig der Ukraine die erforderliche Unterstützung zuteil werden zu lassen, das verfolgte er seit Anbeginn - seit dem russischen Überfall auf die Ukraine. Ich kann da nichts Tadelnswertes sehen. Mögen andere in Bezug auf die Waffenlieferungen etwas nassforscher sein, finde ich diesen Kurs des Kanzlers völlig richtig.

**Malte Pieper**

Aber ist er auch stringent? Weil wir haben ja immer erlebt: Olaf Scholz schließt etwas aus, dann liefert er es doch. Dann schließt er wieder was aus. Dann wird auf einmal doch wieder nachgeschossen. Also man gewinnt doch jetzt nicht den Eindruck einfach - ich will jetzt nicht über Verkauf reden, sondern über Kommunikation - dass man nie so richtig weiß, woran man bei ihm ist. Finden Sie das jetzt so klug?

**Armin Willingmann**

Ich finde es jedenfalls klug, dass wir einen nachdenklichen Kanzler haben und einen, der auch nicht unbedingt darauf aus ist, besonders schnell mit plakativen und nassforschenden Forderungen auf den Markt zu treten. Gewiss, da sind hochdynamische Prozesse. Auch dieser

Krieg hat sich sehr dynamisch entwickelt. Denken Sie mal darüber nach, als das losging, hatte man die allergrößte Sorge, dass die Ukraine in wenigen Wochen überrannt werden könne. Das ist nicht geschehen. Auf der anderen Seite war es von Anfang an der deutsche Kurs: Wir müssen der Ukraine helfen, aber wir sollten auch darauf achten, dass wir selbst nicht Kriegspartei werden. Und diesen Kurs hält er, wie ich übrigens meine, in Übereinstimmung mit einem Großteil der deutschen Bevölkerung durch.

03:43

#### **Malte Pieper**

Wir haben vor vier Wochen an dieser Stelle mit Marcus Faber gesprochen – Bundestagsabgeordneter aus Stendal, Verteidigungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Und da haben wir auch über die Performance der Ampelkoalition in Berlin gesprochen. Und der sagte: Naja, wenn ich nach Magdeburg in Koalitionsausschuss fahre, dann ist das ein sehr angenehmes Arbeiten. Da haben wir kein öffentliches Hickhack. Wir verständigen uns hinter verschlossenen Türen und dann gönnen wir jedem was, wenn wir nach draußen kommen. Bei der Ampel, sagt er, ist es völlig anders. Da geht jeder mit Maximalpositionen an die Öffentlichkeit, um sie dann wieder einpacken zu müssen. Und es entsteht ein ständiges gefühltes Streit-Chaos. Wieviel Schmerz haben Sie, wenn sie auf die Kollegen in Berlin schauen?

#### **Armin Willingmann**

Also es kann einen nicht zufrieden stimmen, dass der Eindruck entsteht, dass die Ampel tatsächlich eine außerordentlich intensive Diskursqualität erreicht hat und nahezu jedes Thema, das von einer gewissen politischen Brisanz ist, sehr öffentlich austrägt. Ich persönlich bedauere das sehr, weil dahinter zurückbleibt, was erfolgreich von dieser Ampel gemanagt wurde. Ich glaube, dass es bislang keine Bundesregierung seit 1949 gab, die mit vergleichbaren Problemen zu tun hatte, wie die Ampel, bei der einfach drei Monate nachdem sie ins Amt gekommen ist, mit dem Krieg in der Ukraine eine auch geo- und weltpolitisch völlig neue Situation eingetreten ist. Das mag den einen oder anderen überfordert haben. Das hat ohne Frage auch dazu beigetragen, dass man keine lange Anlaufphase hatte, in der man sich

etwas besser auch aufeinander einstimmen konnte. Ich bedauere das sehr, dass nach außen - wie gesagt - dadurch mancher Erfolg der Ampel beispielsweise uns auch gut durch diesen Winter 2022 gebracht zu haben da jetzt hinter zurückbleibt und nicht mehr gesehen wird. Und in der Tat: Sie haben völlig recht. In Sachsen-Anhalt haben wir eine etwas andere Kultur. Dafür gibt es Gründe, warum wir hier etwas diskreter miteinander umgehen. Was übrigens nicht heißt, dass wir nicht auch sehr unterschiedliche Positionen haben. Allerdings tragen wir die zunächst nicht öffentlich aus.

#### **Anne-Marie Kriegel**

Herr Willingmann, wenn ich mich da richtig erinnere, war das ja nicht immer so. Sie haben ja langjährige Regierungserfahrung jetzt in Sachsen-Anhalt. Und als ich Korrespondentin in Sachsen-Anhalt war, da gab es ja durchaus schon auch Scharmützel. Und da ging es hoch her, auch vor den Kulissen, nicht nur hinter den Kulissen. Was können Sie denn raten nach Berlin, wie man dieses Klima verändert? In Sachsen-Anhalt ist es sicherlich auch so, dass die Regierungskoalition sich dann verändert hat. Aber was können Sie denn raten, damit sozusagen diese Scharmützel hinter den Kulissen bleiben können?

#### **Armin Willingmann**

Ich weiß nicht, ob man das abstrakt „raten“ kann. Denn jeder, der in der Politik Verantwortung trägt, der in eine Regierung eintritt oder der sie stützen muss im Parlament, der sollte sich der Verantwortung bewusst sein. Und er sollte sich darüber im Klaren sein, dass die Bevölkerung in aller Regel wenig Verständnis dafür hat, dass Streitigkeiten öffentlich ausgetragen werden, selbst wenn mancher Politiker und manche Politikerin sehr viel Freude daran hat, durch steile Thesen und durch entsprechende Auftritte eine Diskussion zu befeuern. Sie haben völlig Recht Frau Kriegel. Wir haben in diesem Kabinett einige Mitglieder, die schon Erfahrungen aus der Kenia-Koalition, also aus der Zeit seit 2016 haben. Und das wirkt sich aus. Denn ich glaube nicht, dass wir sehr froh darüber waren, dass auch bei uns in der Zeit zwischen 2016 und 2021, insbesondere der Koalitionsausschuss, sehr regelmäßig bemüht wurde und mancher Konflikt, auch manche Banalität, in einer Intensität diskutiert wurde,

über die man heute nur schmunzeln kann. Nennen Sie es einen Lerneffekt. Auch Politik ist durchaus in der Lage zu lernen. Nennen wir es aber auch „eine andere Konstellation“. Wir sind jetzt mit einer anderen, die Regierung tragenden Koalition am Start. Und die hat sich tatsächlich auf die Fahnen geschrieben, eine seriöse, diskrete Politik zu betreiben.

7:48

#### **Malte Pieper**

Aber heißt es im Grunde genommen man muss nur die Grünen durch die FDP ersetzen? Sie haben bis 2021 in schwarz-rot-grün koalitiert. Jetzt koalieren sie in der so genannten Deutschland-Koalition: CDU, SPD, FDP - und schon wird alles besser?

#### **Armin Willingmann**

Ob das zwangsläufig so ist, würde ich gar nicht sagen. Und das wäre auch wahrscheinlich wilde Spekulation. Tatsache ist, dass es jedenfalls jetzt besser ist als vor 2021. Wir haben also tatsächlich eine andere Diskussionskultur in dieser Kenia-Koalition gehabt. Oder sagen wir auch mal eine etwas höhere öffentliche Streitbereitschaft. Deshalb: Es sind mehrere Faktoren, die da zusammenkommen. Ganz gewiss hängt das nicht allein an den Grünen, sondern sicherlich auch an - sagen wir mal - Erfahrung von Akteuren, die dort jetzt Verantwortung tragen und die diese Erfahrung einbringen.

#### **Anne-Marie Kriegel**

Ich habe noch eine Frage. Als es um den „Friedenskanzler“ ging, ist das vielleicht, wenn wir aus sachsen-anhaltischer Perspektive gucken, auch für Sie gar nicht so schlecht als Sozialdemokrat? Denn, ich erinnere mich an Demonstrationen, die hier stattgefunden haben, kurz nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine, wo immer nach Frieden sozusagen gerufen worden ist. Da ist es doch vielleicht auch von hier aus betrachtet eine ganz gute Position zu sagen: Ja, da nehmen wir die Leute mit, denn Frieden wurde ja gerade hier immer gefordert, auch aus zweifelhafter Ecke.

#### **Armin Willingmann**

Ja, eben leider auch aus sehr zweifelhafter Ecke. Deshalb möchte ich mich damit auch gar nicht gemein machen und schon gar nicht den

Bundeskanzler. Richtig ist doch, dass man in jedem Konflikt vor allen Dingen im militärischen eine Friedenslösung anstreben muss. Es muss irgendwann ein Ende haben, mit dem Kämpfen und auch mit der kriegerischen Auseinandersetzung. Und in aller Regel werden solche Kriege ja tatsächlich durch Friedensverhandlungen dann auch beendet. Allein das setzt natürlich voraus, dass beide Akteure der kriegerischen Auseinandersetzung auch solche Verhandlungen wollen. Deshalb ist es immer wohlfeil, hier nach Verhandlungen zu rufen. Solange Putin nicht bereit ist, in diese Verhandlungen einzutreten, bringt das relativ wenig. Und wir müssen uns auch darüber im Klaren sein: Nicht wir verhandeln für die Ukraine, sondern die Ukraine selbst muss an diesen Tisch. Und da ist es nur verständlich, dass die Menschen auf der einen Seite sagen: „Wir möchten, dass das Thema Verhandlungen, Diplomatie jetzt auch nicht aus den Augen verloren wird“. Zugleich gibt es überhaupt kein Vertun, übrigens auch nicht beim Bundeskanzler, dass die Ukraine in jedem Fall in ihrem Kampf bestärkt wird. Sie darf diesen Krieg nicht verlieren.

10:18

#### **Malte Pieper**

Wenn wir doch nur mal zum letzten Friedenskanzler - so hat er sich zumindest bezeichnet - zurückgehen, zu Gerhard Schröder: Da lag die SPD bundesweit bei 35 %. Da stellten die Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt den Ministerpräsidenten. Die SPD hatte damals auch hier im Land 35/36 %. Jetzt stehen sie bei 8, in Ziffern: null acht. Das ist also weniger als ein Viertel. Seit ich journalistisch tätig bin, das ist jetzt eben ungefähr seit dieser Zeit, höre ich von Sozialdemokraten: „Wir müssen unsere Politik besser erklären und dann wird alles viel besser“. Wenn ich jetzt über eine Partei rede, die nur noch bei einem Viertel angekommen ist, die älteste, stolzeste Partei dieses Landes. Ich habe jetzt - Sie ziehen schon die Augenbrauen hoch, man sieht es jetzt gerade nicht, ich kann es Ihnen aber nicht ersparen. Was ist da passiert, dass Ihre Partei eigentlich nur noch ein Schatten ihrer selbst ist?

#### **Armin Willingmann**

Nun sind wir mal nicht ganz so streng. Die SPD hat die Bundestagswahl, die letzte, bekanntlich gewonnen –

**Malte Pieper**

- mit 24 %.

**Armin Willingmann**

Deshalb stellt sie den Kanzler. So. Die Situation, die Sie ansprechen - und ich freue mich immer über Menschen, die ein bisschen in die Geschichte blicken - war eine mit einem völlig anderen Parteiengerüst in Deutschland. Zeiten, als die Union über 40 % hatte, auch meine Partei sehr, sehr stolze Ergebnisse hatte. Das waren im Grunde drei, vier, maximal fünf Parteien, die eine Rolle gespielt haben und im Parlament waren mitunter nur drei. Jetzt brauchen sie schon drei Parteien, um eine stabile Regierung zu bilden.

**Malte Pieper**

Da muss ich mal kurz dazwischengrätschen. Wenn sie jetzt selber das Beispiel „Union“ anführen - wenn wir hier aus dem Magdeburger Studio nach draußen gucken, dann schauen wir auf Sachsen-Anhalt. Da liegt die CDU bei 37 %, also ungefähr in der Höhe, in der sie gerade zitiert haben. Ihre Partei liegt bei null acht.

**Armin Willingmann**

- Ich weiß nicht, woher sie die null acht haben.

**Malte Pieper**

Ja 8,4 % bei der letzten Landtagswahl. Also es geht ja anders, will ich nur sagen.

**Armin Willingmann**

Ja, selbstverständlich. Und ich will das doch auch gar nicht leugnen. Selbstverständlich ist es so, dass bei der letzten Landtagswahl hier bei uns in Sachsen-Anhalt im Jahr 2021, die CDU einen grandiosen Erfolg hatte. Wir beide wissen, was ganz maßgeblich dafür war.

**Malte Pieper**

Was denn?

**Armin Willingmann**

Das ist das. Denn ohne Frage ist dieser Sprung zum Schluss auf die 37 % von einem tiefen Bedürfnis vieler Menschen getragen worden, auf keinen Fall der AFD den Vortritt zu lassen, die seinerzeit in den Umfragen, aus denen sie ja gerade zitieren, immer wieder mal als möglicherweise stärkste Partei in diesem Parlament angekündigt wurde. Ich glaube schon, dass das am Ende auch nochmal einen ordentlichen Zuschlag gab. Und darüber hinaus, ja die CDU ist hier mit einem sehr arrivierten, inzwischen

dienstältesten Ministerpräsidenten angekommen. Das sind doch typische Kriterien, die dazu führen, dass man einer Partei das Vertrauen gibt und ihr auch zubilligt und zugesteht, dass sie auch weiter Regierungsverantwortung trägt. Ich leugne doch gar nicht, dass die SPD es im Moment schwer hat, auch in den vergangenen Jahren sich insgesamt in Ostdeutschland nicht sehr stabil entwickeln konnte, jedenfalls nicht im Sendebereich des MDR. Da müssen wir etwas dran tun. Das tun wir allerdings nicht dadurch, dass wir den Menschen nach dem Munde reden und dass wir irgendwie schauen, dass irgendwelche Thesen, die jetzt gerade wohlfeil sind, dann auch von uns übernommen werden.

**Malte Pieper**

Aber es geht doch inzwischen um ihre Existenz. Wenn wir die benachbarten Bundesländer angucken: In Thüringen gab es jetzt erst wieder eine stabile Umfrage, da lagen sie bei 6 %. In Sachsen sind sie sogar schonmal unter die 5 % gefallen. Also es geht doch langsam wirklich um alles. Da kann man doch nicht nur sagen, wir haben jetzt gerade eine Schwäche. Und kommen nicht so richtig an ...

**Armin Willingmann**

Nein, das habe ich doch gar nicht gesagt. Ich habe Ihnen nur gesagt, dass auch wir unsere Politik vermitteln können müssen. Das müssen wir im Moment aus Parlaments- und aus Regierungsarbeit mit zwei Ressorts hier in Sachsen-Anhalt. Und wir sollten den Blick tatsächlich auf Sachsen-Anhalt lenken mit zwei Ressorts, die vor großen Herausforderungen stehen. Aber ich bin eben davon überzeugt, dass das, wie sich Parteien entwickeln, sehr viel auch mit Wahrnehmung von Politik zu tun hat. Und dass man in aller Regel dadurch an Überzeugungskraft gewinnt, dass man seinen Kurs hält und nicht versucht, ihn beliebig anzupassen, an irgendwelche Stimmungen und Meinungen, die im Moment möglicherweise vorherrschend sind. Und sie wissen mit dem Sozial- und Gesundheitsressort vertritt die SPD in der Landesregierung hier in Sachsen-Anhalt einen Bereich, der außerordentlich großen Herausforderungen ausgesetzt ist. Die Krankenhauslandschaft steht unter großem finanziellen Druck. Sozialausgaben sind in allen Ländern solche, die stetig steigen. Und mit dem Ressort

für Energie und Umwelt haben wir spätestens seit dem russischen Überfall gesehen, dass vor allen Dingen die Energiefragen die Menschen bewegen. Und dass man an dieser Stelle eine ruhige, überzeugende Politik anbieten muss. Das ist meines Erachtens der Weg. Jetzt kann ich beklagen, dass wir nicht mehr so stark sind, wie noch vor 20 Jahren. Aber ich will hier was dafür tun, dass es in Zukunft wieder besser wird. Und die Hoffnung sollte man an dieser Stelle auf gar keinen Fall aufgeben.

15:32

#### **Anne-Marie Kriegel**

Sie haben gerade die Energiepolitik angesprochen. Sie haben angesprochen, dass doch auch die Bundesregierung energiepolitisch durch unsichere Zeiten relativ sicher geleitet hätte. Sie sind selber Energieminister in Sachsen-Anhalt und Vorsitzender der Energieministerkonferenz. Können Sie denn als ostdeutscher Minister da ostdeutsche Interessen ausreichend vertreten? Ich meine so Probleme wie zum Beispiel die Netzentgelte. Menschen in Sachsen-Anhalt bezahlen deutlich mehr für ihren Strom, weil hier mehr erneuerbare Energien sozusagen ins Netz fließen. Eine Ungerechtigkeit, die die Menschen erregt und die offensichtlich auch Sie zum Handeln motiviert. Finden Sie ausreichend Gehör? Können Sie das ausreichend ändern?

#### **Armin Willingmann**

Also zunächst einmal finden wir Gehör. Aber gestatten Sie, dass ich ganz kurz noch mal bei der Energiepolitik bleibe, weil wir ja an dieser Stelle auch eine sehr merkwürdige Entwicklung haben. Wenn sie sich mal vergegenwärtigen, wer nach dem russischen Überfall im Februar 2022 gefordert hatte, man möge sofort sämtliche Gaslieferungen aus Russland abstellen, das war damals Friedrich Merz, der der Ansicht war, man müsse jetzt eine klare Kante zeigen. Vernünftigerweise hat der von Ihnen apostrophierte Friedenskanzler auch an dieser Stelle einen klugen Kopf bewahrt und gesagt „Jetzt warten wir doch mal erst einmal ab und schauen, wie sich das zukünftig entwickelt“. Selbstverständlich werden wir uns irgendwann daraus verabschieden müssen. Wir halten es auch für richtig, dass das sanktioniert wird. Aber wir werden hier nicht Hals über Kopf die dritt- oder viertgrößte Volkswirtschaft der

Welt, die auf Energie angewiesen ist, einem Hasardeurspiel aussetzen. Ich finde, der Bundesregierung ist es ziemlich gut gelungen. Und durch die Sorgen, die seit Februar 2022 bestanden und die ja verstärkt wurden, als im Sommer 2022 durch Nord Stream kein Gas mehr floss. Es ist ganz gut gelungen durch diese Energiekrise durchzuführen. Und ich darf auch das nochmal erwähnen: Es waren nicht eben wenige konservative Politiker, die uns prophezeit haben, dass wir nie, ich betone nie ohne russisches Gas auskommen werden. Es ist anders gekommen. Auch ist es vermieden worden, dass wir hier Unternehmen vom Netz nehmen müssen, weil keine Gasbelieferung möglich sei, im Winter 2022/23. Und wenn sie noch ein bisschen das Historische bemühen, dann werden Sie sehen: Seinerzeit wurde auch von Wärmestuben geredet, in die wir möglicherweise Menschen bringen müssen, weil wir in diesem Winter nicht mehr in der Lage sein würden, die Häuser und Wohnungen zu beheizen. Nichts davon ist geschehen. Und bei aller berechtigten Kritik an der Arbeit der Ampel darf man an dieser Stelle auch mal sagen: Durch diesen Krisenwinter 2022/23 sind wir ziemlich gut durchgekommen und inzwischen, was die Energielage betrifft, auch ziemlich stabilisiert. Jetzt kommen wir aber zum ostdeutschen Aspekt, den Sie angesprochen haben, nämlich die Frage: Warum gibt es eigentlich diese Benachteiligung durch die Übertragungsnetzentgelte? Es ist ein bisschen der Fluch der guten Tat, und zwar der guten Tat, die fast 20 Jahre zurückliegt, als man nämlich sehr, sehr großzügig auch in Sachsen-Anhalt erneuerbare Energien ausgebaut hat, damals durchaus auch durch entsprechende Einspeisevergütungen ein Stück weit angereizt. Auch ein Stück weit unkontrolliert, aber das spielt heute alles gar keine Rolle. Tatsache ist, Sachsen-Anhalt kann etwa 65 % seines Brutto-Strombedarfs selbst erzeugen. Und das führt natürlich dazu, dass mit diesem hohen Anteil an erneuerbarem Strom, den wir hier bei uns produzieren können, tatsächlich die Netzausbaukosten, die dadurch entstanden sind, besonders hoch sind. Und jetzt gibt es einen Webfehler dieses Modells des Netzausbaus. Wir müssen nämlich diese Kosten, die für den Netzausbau entstehen, regional umlegen. Das heißt, die Men-

schen, in deren Nähe die erneuerbaren Energien, vor allem die Windräder entstanden sind, zahlen dann auch noch zusätzlich dafür mehr, dass sie die Übertragungsnetze dort erleben oder dass sie dort ausgebaut wurden. Das ist ein Ärgernis seit vielen Jahren. Das ist übrigens interessanterweise in früheren Regierungen eigentlich nie so richtig vorangetrieben worden, dass man dieses Thema ausgleichen muss. Trifft übrigens Brandenburg noch stärker. Trifft die beiden Küstenländer Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sehr. Also alle Länder, in denen es sehr viel Windkraft gibt und bei denen im der Strom produziert wird, der in den Süden abgeleitet werden soll. Und es bleibt ein politisches Ärgernis, dass es den Südländern der Bundesrepublik vor allen Dingen Bayern und Baden-Württemberg gelungen ist, sich im Grunde davor zu drücken, erneuerbare Energien auszubauen und darauf zu vertrauen, dass man das im Norden und im Osten schon tun wird und sie damit beliefert. Also, das Thema Übertragungsnetzentgelte haben wir vorangetrieben. Es ist von der Bundesnetzagentur inzwischen aufgegriffen. Es wird ein Wälzungsmodell geben, also eine stärkere Angleichung. Das kommt spät. Wir haben dann viele Jahre mehr bezahlt als andere. Aber es kommt immerhin. Und das sehe ich auch durchaus als einen Erfolg der Energieministerkonferenz.

20:35

#### **Anne-Marie Kriegel**

Ganz kurze Nachfrage: Aber jetzt beim Stress um den aktuellen Haushalt ist ja sozusagen Deckelung wieder - sag ich mal - auf Halt gesetzt worden. Haben Sie da nicht Sorge, dass das wieder passiert. Also man ist zwar in die Diskussion gekommen, aber dennoch ist es ja immer so ein Posten, der relativ schnell wieder fällt unter: Das klappt jetzt doch nicht.

#### **Armin Willingmann**

Ja, das haben Sie ganz richtig angesprochen. Es gibt einen Posten aus dem sogenannten „KTF“ - aus dem Klima und Transformationsfonds, der ja dann gestoppt wurde durch das Bundesverfassungsgericht, der zu einer deutlichen Entlastung nochmal zu einer einmaligen, deutlichen Entlastung - knapp 5,6. Milliarden Euro waren dafür vorgesehen - bei den Übertra-

gungsnetzentgelten geführt hätte. Dieser Posten ist schlicht weggefallen. Das ist ärgerlich, weil das tatsächlich jetzt im Moment schon Entlastung geboten hätte. Aber viel wichtiger ist die dauerhafte Entlastung, also die Entlastung der Kosten, die jetzt anfallen. Und die kann man auch erreichen, ohne dass man diesen Zuschuss dazugibt. Ich fand das aber ehrlich gesagt sehr bedauerlich. Man hätte diesen Punkt ruhig versuchen können zu erhalten. Aber gerade wir in Sachsen-Anhalt müssen immer etwas vorsichtig sein, wenn wir sagen, was noch alles hätte erhalten werden sollen. Erhalten geblieben sind die 10 Milliarden Euro für Intel und erhalten geblieben sind übrigens auch unsere Wasserstoffprojekte und die Zuschüsse für das Wasserstoffnetz, für das ich mich verantwortlich fühle. Also insoweit haben wir schon noch etwas mehr abbekommen als andere.

#### **Malte Pieper**

Wenn sie die Erfolge der Ampel beschreiben, ganz lapidare Frage: Warum kommt es bei den Menschen nicht an? Also weil, das war ja für uns alle offenkundig, dass wir nicht gefroren haben. Es ist für uns alle eigentlich offenkundig, was in Berlin passiert. Trotzdem kommt es überhaupt nicht an. Und in allen Umfragen, die man hat, da muss man nicht mal eine Umfrage für bemühen, kann man auch Ich-Empirie machen, kommt immer wieder raus: Das ist die schlechteste Bundesregierung, die wir jemals hatten. Also warum kommt es nicht an?

#### **Armin Willingmann**

Man muss das jetzt auch nicht jedes Mal Perpetuieren. Das mit der schlechtesten Bundesregierung ist eine sehr merkwürdige Bewertung. Und mich würde die Kriterien da schon interessieren, an denen man das festmacht, jenseits einer gewissen Stimmungsmache. Ich kann Ihnen sagen, warum das nicht gut ankommt. Weil wir das Dilemma haben, dass neben diesen - finde ich - unbestreitbaren Erfolgen der Ampel, die Konflikte und die Streitigkeiten dann immer wieder so etwas gleichsam überwinden und gleichsam ausbremsen. Es ist wirklich misslich. Man hätte ja die gute Politik mit einer etwas, sagen wir mal souveräneren Koalitionsarbeit auch sehr viel besser nach außen verkaufen können. Aber wenn es natürlich gelingt, dass selbst der schönste Erfolg oder

die solidesten Erfolge dann zunichtegemacht werden, mit mitunter sehr ungeschicktem, na fast dilettantischen Agieren, dann muss man sich nicht wundern, wie man dasteht.

23:33

### Malte Pieper

Armin Willingmann, Sie sind 1963 am Niederrhein geboren, also in Nordrhein-Westfalen, genauer gesagt in Dinslaken. Wenn ich es richtig gelesen habe, verband sie mit dem Osten so gar nichts. Sie hatten nicht mal Verwandtschaft in der DDR. Sie sind dann irgendwann durch Zufall im Oktober 1989 nach Rostock geraten und irgendwie in diesem Teil Deutschlands dann hängen geblieben. Sie sind gelernter Jurist und 1999 sind sie an die Fachhochschule Harz gekommen. Seit 2003 waren Sie dann Rektor dort. Inzwischen sind sie seit 2016 Minister in der Landesregierung von Sachsen-Anhalt, inzwischen auch stellvertretender Ministerpräsident. Worauf ich hinaus will: Sie haben, wenn ich richtig rechne, weniger als die Hälfte ihres Lebens im Westen verbracht, sondern mehr als die Hälfte ihres Lebens im Osten. Und da hat zuletzt der Autor Dirk Oschmann - sein Buch ging ja rauf und runter – eine, wie ich finde, interessante Debatte mal wieder vom Zaun gebrochen. Dirk Oschmann sagte hier bei uns im Podcast „Wahlkreis Ost“ das Folgende:

### Dirk Oschmann

*Ich bin ganz klar für eine Ostquote, weil sie sonst das Problem mit der Teilhabe mit der Repräsentation, mit der Mitgestaltung nicht lösen können. Das sieht man ja auch daran, dass auch Frauen nirgendwo irgendetwas mitgestalten können, mit zu sagen haben, wenn es nicht Quotenregelung gibt. Das mag nicht schön sein, aber man kann ja über flexible Regelungen nachdenken. Beispielsweise, dass man die Quote bis zu einem bestimmten Jahr befristet. Dass man die auch regional verschieden einsetzt, dass es andere Quoten geben könnte in den neuen Bundesländern, als in den alten Bundesländern. Wenn der Osten nicht dieses Gefühl hat: Er kann diese Demokratie mitgestalten, wird er ihr kritisch gegenüberstehen.*

### Malte Pieper

Dirk Oschmann Anfang Januar hier im Wahlkreis-Ost. Die ganze Folge können Sie noch ein-

mal nachhören - beispielsweise in der ARD Audiothek. Herr Willingmann hatte Herr Oschmann recht mit seiner Quote?

### Armin Willingmann

Also Herr Oschmann hat grundsätzlich Recht, das Quoten an und für sich nichts Falsches sind. Wir haben gesehen, dass dort, wo manche Selbstverpflichtung in der Wirtschaft in Aussicht gestellt wurde, der Erfolg nicht erreicht wurde. Deshalb sind mitunter Quotierungen hilfreich. In Konkreto glaube ich, dass Herr Oschmann zu spät kommt. Diese Quote hätten wir gebraucht, als es nach der Wiedervereinigung tatsächlich einen sehr, sehr großen Zustrom aus dem Westen gab und man den Arbeitsmarkt sozusagen auch für ostdeutsche deutlich verknappt hat und wenig Möglichkeiten des Aufstiegs geschaffen hat. Da hätte eine Quote uns tatsächlich geholfen, auch in den ersten Jahren. Jetzt inzwischen halte ich sie für schwieriger - übrigens auch deshalb, weil man diese Definition des Ostdeutschen auch erst einmal versuchen müsste, ein bisschen zu präzisieren. Was reicht denn für „das Ostdeutsche“? Ist es die Herkunft der Geografie? Ist es die Herkunft im Blute nach? Was ist das Entscheidende? Braucht man eine ostdeutsche Sozialisation? Das wird gerne als Beispiel genommen. Die kann man natürlich auch als Kind oder als Enkel noch haben. Aber verwischt die sich nicht irgendwann? Lassen Sie es mich am Beispiel meiner Familie erklären. Sie haben völlig recht: Ich hatte gar keinen familiären Bezug nach Ostdeutschland, als sich 1989 durch einen Zufall nach Rostock gekommen bin und tatsächlich im Oktober 1989, dann ein bisschen mitgerissen wurde, auch in die dortigen Bemühungen, die DDR und die SED-Diktatur zu überwinden. Und ich bin dann sehr gerne wiedergekommen, als sich die Gelegenheit geboten hat und bin seitdem tatsächlich entweder in Mecklenburg-Vorpommern oder eben jetzt schon seit 1999 beruflich in Sachsen-Anhalt tätig. Ich habe eine ostdeutsche Frau. Meine Frau ist gebürtige Rostockerin, meine Schwiegereltern sind Mecklenburger. Unsere Kinder sind in Rostock geboren. Sie haben ihre ganze Kindheit, Schulzeit in Sachsen-Anhalt bei uns in Wernigerode verbracht. Unser Sohn ist dann zum Studium nach Dresden und nach dem Bachelor von dort für den Master ins Ruhrgebiet gegangen. Unsere Tochter studiert ebenfalls

im Ruhrgebiet. Ich will damit sagen wie ist das denn mit denen? Wenn es um die ostdeutsche Herkunft geht, reicht der Bezug zur Mutter und zu den Schwieger- oder für sie Großeltern, die eine lupenreine DDR Vergangenheit haben oder verwischt das dadurch, dass der Vater eindeutig westdeutschen Ursprungs ist? Ich halte es für sehr schwierig, so solche Fragen zu beantworten. Und ehrlich gesagt: angesichts des Fachkräftebedarfs, den wir insgesamt im Lande haben, halte ich eine erneute Ost-West-Diskussion für müßig. Ich glaube, dass sie jetzt nicht mehr sehr viel bringt. Es war ein bisschen was von Nabelschau. Wir müssen darauf achten, dass Qualifikationen und Qualität, die im Osten wie im Westen besteht, hier bei uns idealerweise zum Tragen kommt. Darum will ich mich bemühen. Das tue ich in den Bereichen, für die ich in der Landesregierung Verantwortung trage.

28:24

#### **Anne-Marie Kriegel**

Ist diese Ost-West-Diskussion tatsächlich aus Ihrer Sicht Geschichte? Weil ich in meiner Generation, ich bin jetzt 90 geboren. Ich bin so ein richtig gutes Beispiel für „Was machen wir denn nun?“. Eigentlich ist der Tenor in meiner Kindheit und Jugend immer gewesen, in meinem Umfeld: Die politische Wende geht euch quasi nichts an, ihr seid in der Zeit danach geboren. Ihr müsst euch damit nicht befassen. Mehr als eine Erzählung von: Mit dieser schweren Zeit und den Konflikten, dem Strukturwandel, den biografischen Brüchen, die müssen euch nicht beschäftigen. Ihr könnt jetzt nach vorne raus. Für euch geht es jetzt los. Und ich bemerke aber jetzt, ich bin, ich nenne mich jetzt mal junge Erwachsene, was vielleicht nicht mehr ganz passt. Aber ich merke doch, dass das Thema auch meine Generation sehr stark befasst. Und dass da vieles unausgesprochen ist. Meinen Sie tatsächlich, man kann das ad acta legen? Und wie machen Sie das für Ihre Biographie? War es vielleicht ja auch in Ihrem Fall, dass Ihre Herkunft immer wieder mal eine Rolle spielt? Wie begreifen Sie sich? Vielleicht werden Sie auch immer mal wieder gefragt, so wie wir es ja heute machen. Herr Willingmann sind Sie denn jetzt Ostdeutscher oder nicht? Wie nehmen Sie sich wahr?

#### **Armin Willingmann**

Also erst einmal finde ich es völlig richtig, dass man eine Identität entwickelt. Und wenn diese Identität jetzt eben die ist zu sagen, ich fühle mich ostdeutsch, dann ist das zwar für mich als gebürtigen Westdeutschen ungewöhnlich, weil es keine westdeutsche, vergleichbare Identität gibt und man sich sehr viel stärker, eher regional fühlt. Ostdeutsch ist jetzt etwas anderes. Es ist eine eigene Identität, und ich finde, die darf man ja auch durchaus haben, um Gottes willen. Da wird auch nichts ad acta gelegt. Aber ich glaube einfach, dass wir in der jüngeren Generation - dazu zählen Sie, dazu zählen dann auch noch etwas jüngere Menschen - dass wir dort dieses Thema gar nicht mehr so drängend empfinden als ein Thema des persönlichen Bruchs in der eigenen Biografie, die ja ihre Eltern erlebt haben oder meine Schwiegereltern, in denen tatsächlich eine große Unsicherheit entstanden ist, nicht nur politisch, sondern auch ganz wirtschaftlich nicht. Da sind Unternehmen zusammengebrochen. Da musste man sich völlig neu sortieren. Wir haben noch Anfang der 2000er eine Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, vor allen Dingen hier bei uns in Sachsen-Anhalt, einer zweistelligen Zahl gehabt. Das sind alles schwierige Zeiten gewesen. Und deshalb, ich habe sehr viel Sympathie dafür, dass man sich ostdeutsch oder als Sachsen-Anhalter empfindet. Das ist auch gut, diese Art von Identität. Was mir nicht gefällt, ist, wenn sie ausgrenzend wirkt, weil wir in Sachsen-Anhalt - noch, zumal, wenn Sie mal auf die Ansiedlung der letzten Jahre schauen, wir werden so dringend darauf angewiesen sein, dass Menschen zu uns kommen und dass sie hier ihr persönliches und auch ihr berufliches Glück suchen, dass wir uns eigentlich nicht leisten können, dass wir eine sehr stark nach Himmelsrichtungen oder nach Befindlichkeiten oder nach geografischer Herkunft ausgerichtete Identitätspolitik betreiben.

#### **Anne-Marie Kriegel**

Wie würden Sie sich beschreiben auf die Frage, Herr Willingmann? Mensch, ist ja eine Biografie, die man gar nicht so einfach zuordnen kann. Ich kann mir vorstellen, dass die Frage auf sie manchmal zukommt. Und ich will sie auch stellen. Was würden Sie denn über sich selber sagen?



### **Armin Willingmann**

Ich empfinde inzwischen, glaube ich, sehr viel mehr ostdeutsch als westdeutsch. Ihr Kollege hat es ja vorhin ganz richtig gesagt. Ich habe mehr als die Hälfte meines Lebens in Ostdeutschland verbracht, im Grunde mein gesamtes berufliches Leben. Und das prägt. Und natürlich setze ich mich für ostdeutsche, in diesem Fall natürlich für Sachsen-Anhaltische Interesse ein. Diese sind mir heute viel näher als die meines Geburtsortes oder der Orte, an denen ich mein Studium absolviert habe. Das ist auch richtig so. Aber ich glaube, dass man diese Identität mit dem Osten auch haben kann, wenn man hier, wie ich es jetzt sage, seine Heimat gefunden hat. Und da kommt es gar nicht darauf an, wo die Wiege mal gestanden hat.

### **Anne-Marie Kriegler**

Sie haben gesagt, sie darf nicht ausgrenzend sein, diese Identität. Und das ist auch etwas, was auch in meinem Studium zum Beispiel - ich habe in Magdeburg studiert und auch in Leipzig – und in Leipzig habe ich das erste Mal ernsthaft auch freundschaftlichen Kontakt zu Kommilitonen gehabt, die zum Beispiel im Schwarzwald groß geworden sind. Und für die war das hier schon alles so ein bisschen „Wow“. Und wir schreiben dann so die 2013/ 2014er Jahre, ne. Das ist jetzt auch nicht so richtig lange her. Und empfinden Sie, diese ostdeutsche Identität manchmal als ausgrenzend, auch in Bezug auf sich selber? Fühlen Sie sich manchmal da ausgegrenzt?

### **Armin Willingmann**

Nein, ich fühle mich da gar nicht ausgegrenzt. Ich werde damit auch relativ wenig konfrontiert. Weil man mir, glaube ich, schon abnimmt ... mein ehrliches Bemühen, mich dort, wo ich jetzt bin, auch für das einzusetzen und für das Gemeinwesen einzubringen. Und ich bin insofern sehr froh darüber, dass die Frage der geografischen Herkunft jetzt keine so ganz große Rolle spielt. Aber lassen Sie mich auch aus meiner Biografie ein anderes Beispiel nennen: Ich habe in Mainz, München und Köln studiert. Alles Städte, die anders sind als meine nieder-rheinische Heimat. Und am deutlichsten wurde es eigentlich seinerzeit in München, in den Achtzigern, Mitte der 80er-Jahre. Da fühlte man sich auch als Rheinländer sehr fremd. Was

ich damit sagen will, ist wir haben überall in der Welt natürlich eine gewisse Fokussierung der Menschen, die dort leben, die, nennen wir sie mal in Führungsstrichen „Ureinwohner“ sind, auf ihre Umgebung, und das kann mitunter ausgrenzend wirken. Ich persönlich habe das für mich so nicht empfunden. Ich halte es auch deshalb für völlig richtig, dass Menschen versuchen, eine ostdeutsche Identität zu entwickeln. Ich würde eben nur meinen, diese Identität sollte nicht sein, was dazu führt, dass man im Grunde sich auf sich selbst beschränkt. Es hat uns immer gut getan, in der bundesrepublikanischen Geschichte, dass wir uns gut vermischt haben und wird deshalb auch weiter so sein.

### **Malte Pieper**

Gleichwohl kriegt ja diese Ost-West-Debatte immer so einen Zungenschlag, den man auch bei Jüngeren hört. Quasi „Die Wessis machen die entscheidenden Posten unter sich aus.“ Wenn wir ihren Wissenschaftsbereich nehmen, dann kommt immer diese Statistik. (Ich weiß gar nicht mehr, was der aktuelle Zählstand ist): „Ein ostdeutscher Hochschulleiter in ganz Ostdeutschland.“ Jetzt könnten es meinerwegen inzwischen vier sein. Aber es ist ja trotz allem ein wahnsinniges Ungleichgewicht. Das Gleiche gilt für die Justiz. Es gibt bei der Bundeswehr keinen einzigen gebürtig ostdeutschen General. Das heißt, wir reden ja über etwas, wo Leute sich benachteiligt fühlen. Jetzt, mit unserer beider Herkunft, würden wir dann immer sagen: „Komm, lass doch mal die Debatte sein. Wir sind jetzt eben im Stand 34 der deutschen Einheit.“ Aber können Sie das Problem nachempfinden, dass viele eben dabei haben?

### **Armin Willingmann**

Ich kann das total nachempfinden. Ich kann es aber eben auch erklären. Wir müssen wissen, wie es entstanden ist. Sie haben gerade Bereiche angesprochen, bei denen nach 1990 eine Entwicklung stattgefunden hat, die tatsächlich zunächst zu einem unglaublich hohen Zustrom an westdeutscher Kompetenz geführt hat. Sie haben die Justiz angesprochen. In der Justiz ist die Übernahmequote ehemaliger ehemaligen Justizpersonals, ehemaliger Richterinnen und Richter aus der DDR verschwindend gering gewesen. Stattdessen wurde dieser Bereich sehr, sehr stark aus Westdeutschland besetzt. Und

etwas Ähnliches haben wir tatsächlich bei den Streitkräften erlebt. Und das gibt es eben auch in der auch in der Wissenschaft. In der Wissenschaft muss man aber fairerweise sagen; dass tatsächlich das nach den Disziplinen sehr unterschiedlich waren. Die juristischen Fakultäten, die wiedereröffnet oder weiterbetrieben wurden, waren dann ähnlich wie die Justiz, sehr stark westdeutsch besetzt. In den Naturwissenschaften war das nicht zwangsläufig so. Aber es gab auch seinerzeit das große Bedürfnis danach, tatsächlich die Belegschaft auf mögliche Stasi-Zugehörigkeit, auf Systemnähe, zu durchleuchten. Ich habe übrigens nicht den Eindruck, dass das sehr stark westdeutsch getrieben war, sondern das kam eher aus der ehemaligen DDR Bevölkerung selbst heraus. Wo ich das Problem sehe, und das halte ich bis heute auch für ein Ärgernis: Es ist dann in den ersten zehn Jahren, also zwischen 1990 und 2000, tatsächlich sehr, sehr viel an Stellen besetzt worden, und diese Stellen sind langfristig besetzt worden. Man hat also sozusagen den Weg für die, die sich mit DDR oder mit ostdeutscher Biografie jetzt weiter qualifiziert haben - man hat für diese den Weg quasi erschwert, weil die Stellen besetzt waren. Das sehen sie sehr, sehr deutlich im öffentlichen Sektor. Und das hab ich persönlich immer als sehr bedauerlich empfunden, dass wir im Grunde die eigenen Absolventinnen und Absolventen der Jahre nach 1990, die wir jetzt neu qualifiziert hatten, dass wir denen keine unmittelbaren Jobangebote unterbreiten konnten. Das gilt für sehr, sehr viele Bereiche. Ein Bereich, bei dem wir es jetzt sogar sehr, sehr stark spüren, ist das Lehramt und die ständige Sorge oder die berechtigte Klage, dass wir in Sachsen-Anhalt zu wenig Lehrerinnen und Lehrer haben. Wir müssen uns immer darüber im Klaren sein: Wir haben noch bis vor 10, 15 Jahren nicht jedem Absolventen, jede Absolventin eines Lehramtsstudiums einen Referendarplatz in Sachsen-Anhalt angeboten. Wir haben junge Menschen, sehr häufig junge Frauen, im Grunde animiert, ihr Referendariat in einem anderen Bundesland zu machen, häufig in Westdeutschland und dort sind sie geblieben. Was die Leitungskräfte betrifft - das möchte ich doch noch mal ansprechen, weil es da ein interessantes Phänomen hingibt - ich glaube

inzwischen, dass wir eine ganz gute Durchmischung haben bei den Dekanaten. Auch bei den Hochschulleitungen und in Sachsen-Anhalt haben wir ein ganz besonders faszinierendes Modell. Wir stellen fest, dass wir also keineswegs nur westdeutsche Rektoren haben. Aber was noch viel interessanter ist wir haben eine sehr gute Durchmischung bei den Kanzlern. Inzwischen sind dann fast allen unseren Hochschulen Kanzlerinnen im Amt. Und sehr viele von denen haben eine ostdeutsche Biografie. Also ich will damit sagen, es durchmischt. Und das ist der Weg der Zukunft.

### **Anne-Marie Kriegler**

Das ist genau, darauf wollte ich jetzt hinaus. Was ist denn sozusagen der Blick nach vorne? Wie kann man denn diesen Unfrieden, denn die Diskussion wird ja auch sehr emotional geführt. Also wenn man da an Mittagstische und Abendbrotstische hier in der Region guckt, und da bin ich mir sehr sicher. Und ich kenne auch solche Abendbrotstische, an denen es dann hoch her geht (lacht). Wie ist denn da der Weg der Zukunft? Und wie kann man diese Fehlentwicklungen korrigieren? Ich meine, Sie sind Wissenschaftsminister und tragen damit auch die Verantwortung dafür, dass, wenn wir beim Lehramt bleiben, zum Beispiel, dass ich da manche Fragen auch verändern, gerade auch mit der Ausbildung und des Referendariats betreffend. Was ist da aus ihrer Sicht eine Lösung in Zukunft?

### **Armin Willingmann**

Also, die Lösung besteht vor allen Dingen darin, dass wir attraktive Arbeitsbedingungen schaffen. Das können die Hochschulen mit ihrer hohen Attraktivität. Die sind ja Magneten im Grunde für den Zuzug nach Ostdeutschland, vor allen Dingen zu uns nach Sachsen-Anhalt. Die Nachfrage nach unseren Studienplätzen ist bundesweit sehr hoch. Aber es gibt eben auch eine hohe Abwanderung. Die ist nicht zu bestreiten. Nun haben wir aber die jungen Menschen ein paar Jahre hier, in ihrem Studium: Im Bachelor, im Master, im Staatsexamens-Studiengang. Und eigentlich müssten wir sie in ihrem Studium ein Stück weit dafür motivieren, hier zu bleiben, sie von den Vorzügen überzeugen. Das kann aber nicht allein die Universität. Das kann nicht allein die Hochschule. Da müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Das

heißt, wir brauchen der Wirtschaft attraktive Arbeitsplätze. Wir brauchen ein attraktives Wohnumfeld. Vieles andere mehr. Ich glaube nach wie vor, dass es für junge Menschen hochinteressant ist, in Ostdeutschland den beruflichen Start zu versuchen, ob nach akademischer oder nicht akademischer Ausbildung. Hier ist vieles immer noch, wie ich finde, ein bisschen auch experimenteller. Und da sollten wir ansetzen. Das sage ich allerdings auch als Mitglied der Landesregierung. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die kann man nicht einem einzelnen Ressort sozusagen zuweisen - „Sorgt mal dafür, dass die jungen Menschen hierbleiben!“

40:05

#### **Malte Pieper**

Aber schauen wir doch auch mal auf den blauen Elefanten im Raum. Auf dem Stuhl, auf dem sie sitzen, hat auch schon Ulrich Siegmund gegessen. Der Fraktionsvorsitzende der Alternative für Deutschland im Magdeburger Landtag. Wir sind ein Bundesland, wie in fast allen ostdeutschen Bundesländern, wo die AfD - wo rechtspopulistische Strömungen bei, kann man immer streiten, ob sie jetzt unter oder über 30 %, aber auf jeden Fall irgendwo 25 und 30 % liegen. Das ist ja im Grunde genommen nicht unbedingt eine Empfehlung dafür, erst recht nicht für ausländische Fachkräfte, hier hinzukommen, sondern zum Teil auch für inländische Fachkräfte. Und die sagen „Naja, ob ich mir das antun will? Diese Stimmungslage...“ Sehen Sie das auch so?

#### **Armin Willingmann**

Da haben Sie völlig recht. Da haben Sie völlig Recht, Herr Pieper. Und das ist auch ein Akquise-Problem. Das sage ich Ihnen auch als jemand, der als Hochschulleiter auch weiß, wie schwierig ist es, Berufungen durchzuführen und qualifiziertes, hochqualifiziertes Personal zu gewinnen, wenn diese Menschen natürlich über einen internationalen Background verfügen. Wenn, wie wir es in der Wissenschaft wollen, in der Wirtschaft übrigens auch, die Menschen hochmobil und hochflexibel sind. Und idealerweise mehrsprachig. Und es ist eigentlich völlig egal, wo sie herkommen. Dann ist natürlich diese Präsenz der AfD, jetzt schon das zweite Mal im Parlament, mit einem am Wahlergebnis und mit einem Anteil von über 20 %

zunächst abschreckend, das erlebe ich auch. Und es gibt in der Tat recht viele Diskussionen, die man darüber führen muss und wie man immer wieder erklären muss, dass es ohne Frage diese Wahlergebnisse gibt, dass das aber nicht Ausdruck einer allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung ist.

41:58

#### **Anne-Marie Kriegel**

Ich habe eine Frage, aber auch mit Blick gerade auf diese Stimmung in der Bevölkerung, auch auf Zuwanderung, Fachkräfte und so weiter. Da ist natürlich ein weiteres großes Thema in Sachsen-Anhalt die Ansiedlung von Intel. Es ist ja kein Geheimnis, dass ich sozusagen aus der Nähe von Magdeburg bin. Ich bin hier geboren. Ich bin hier aufgewachsen. Ich habe als Korrespondentin hier gearbeitet und würde sagen, ich kenne mich in der Region aus. Und was ich weiß, ist das auf diese Ansiedlung viele Hoffnungen liegen: Hoffnungen, Fachkräfte zu gewinnen. Hoffnungen, dass es wirtschaftlich besser wird. Hoffnung, dass die Stimmung sich entkrampft. Hoffnung, dass auch die AfD sozusagen dann ein bisschen ihr Oberwasser verliert, eben wegen guter wirtschaftlicher Entwicklung und eben auch der Erkenntnis „Wow, das ist total gut, wenn hier alle herkommen. Und es wird schön.“ Glauben Sie, dass diese Hoffnungen berechtigt sind und für wie groß halten Sie das Enttäuschungspotenzial? Weil die eine Erfahrung, die man hier ja auch gemacht hat, ist „Oh, jetzt wird alles super.“ Und dann wird das doch nicht so. Und dann schlägt das Pendel zurück mit aller Macht. Wie schätzen Sie da die Lage ein?

#### **Armin Willingmann**

Naja, der erste Erfolg der AfD in Sachsen-Anhalt, der fiel in eine Zeit, in der es wirtschaftlich nicht schlecht aussah. Wir haben im letzten Jahrzehnt mehrere Jahre Hochkonjunktur gehabt, in der Bundesrepublik und auch bei uns in Sachsen-Anhalt. Und es gab auch vor Intel recht erfolgreiche Ansiedlungen, eine deutlich abnehmende Arbeitslosenzahl. Und diese Arbeitslosenstatistik ist ja für die allermeisten Menschen, die wirtschaftliche Stabilität bewerten, eigentlich der Gradmesser schlechthin. Vor allen Dingen bei uns in Ostdeutschland, wo viele Menschen eben selbst die Erfahrung

durchaus gemacht haben oder jedenfalls in ihrer Familie und im Freundeskreis erlebt haben, dass Arbeitslosigkeit ein Schicksal ist, was man leiden musste. Und gleichwohl ist die AfD in der Wahl 2016 sehr stark bei uns geworden. Das heißt, es hängt nicht zwangsläufig an wirtschaftlichen Eckdaten. Und damals hing es sehr, sehr stark natürlich an der Frage des Umgangs mit Flüchtlingen und der Einschätzung dieser Situation. Ich glaube, dass die AfD - Nein, ich bin davon überzeugt - Die AfD ist an dieser Stelle für uns, was wirtschaftliche Entwicklung betrifft, wirklich ein Risiko. Man muss es ganz deutlich sagen. Wir brauchen - nicht nur für Intel - wir brauchen Zuzug in unseren Arbeitsmarkt. Und wir brauchen Menschen, die bei uns als Pflegekräfte arbeiten wollen, die wir an unseren Schulen haben wollen, mehr die in der Wirtschaft und auch im Handwerk arbeiten und die ein. Und da ist es uns relativ egal, wo sie herkommen. Wenn diese Menschen befürchten müssen, dass mit einer Deutschtümelei, mit einer Reduktion auf nationale Überlegungen, wie sie bei der AfD immer wieder und sehr unverhohlen kommen, dass damit eben auch Ausgrenzung einhergeht, dann ist das das denkbar schlechteste Werbeargument. Und wir müssen da viele, viele Sorgen überwinden, wenn wir den Menschen sagen „Ja, das ist eine außerordentlich unerfreuliche Entwicklung, was die AfD betrifft.“ Aber es ändert nichts daran, dass wir hier auf diese Menschen, die zu uns kommen wollen, setzen und dass wir ihn selbstverständlich hier ein stabiles System präsentieren.

45:01

#### **Malte Pieper**

Aber müsste man dann nicht vielleicht auch sagen - das ist ja eine der Kritiken, die es immer wieder ergibt - dass man viel gezielter im Ausland nach Fachkräften sucht und möglichst den Zustrom von Asylbewerbern, von denen dann sehr viele eben keine Ausbildung haben, von denen sehr viele eben keinen Job bekommen - dass man viel konsequenter umsteuert und versucht - das ist ja immer die Forderung der AfD, aber auch von vielen Mitte-Rechts, zu sagen: „Wir machen jetzt möglichst die Grenzen dicht und suchen uns nur noch aus, wer zu uns kommt, so wie Kanada das macht“

#### **Armin Willingmann**

So, also wir müssen einfach zwei Dinge auseinanderhalten das Recht auf Asyl, auch das individuelle Recht auf Asyl, auf dass wir sehr stolz sind und vor unserer eigenen Geschichte auch sehr stolz sein dürfen. Denn gerade die Zeit vor 1949 und vor der Staatlichkeit hat ja sehr deutlich gezeigt und vor allen Dingen im Nationalsozialismus gezeigt, wohin es führt, wenn Menschen eben nicht mehr fliehen können und wenn sie nirgendwo eine Heimat finden. Dieses individuelle Recht auf Asyl kann man nicht quotieren. Sie können nicht sagen 100.000. Und bei dem ersten, der danach über der 100.000 an der Grenze anklopft, ist mir der Asylgrund völlig egal. Den schick ich wieder zurück. Das geht nicht. Es geht meines Erachtens von Rechtswegen sowieso nicht. Es geht aber auch humanistisch nicht und, ehrlich gesagt, ich kann mir auch gar nicht vorstellen, dass ich das aus einem christlichen Weltbild heraus begründen lässt. Aber das mögen andere beurteilen. Davon zu trennen ist die Frage des Fachkräftebedarfs und der Fachkräftezuwanderung. Das hat doch Deutschland verschlafen. Man muss es doch auch mal sagen bei allem, was wir jetzt hören, vor allen Dingen aus konservativen Kreisen, wie man das alles machen soll. Diese konservativen Kreise haben noch vor 20 Jahren erklärt, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Dass wir - Pieper wir beide - kennen aus dem Bundesland, aus dem wir mal gekommen sind, noch den Wahlkampfslogan „Kinder statt Inder“. Damit ist mal ein CDU Ministerpräsident gewählt worden.

#### **Malte Pieper**

Jürgen Rüttgers.

#### **Armin Willingmann**

So ist es. Jürgen Rüttgers, der sich dann als der größte Arbeiterführer bezeichnet hat. Jedenfalls in Nordrhein-Westfalen zu der damaligen Zeit. Ich will damit nur sagen, wir haben diese Entwicklung gründlich verschlafen, während die Länder um uns herum seinerzeit schon die Grenzen sehr viel offener hatten, auch durch mehr Liberalität deutlich gemacht hatten, dass man in dem Arbeitsmarkt Zuwanderung braucht. Da haben wir uns darüber unterhalten, ob wir eben mehr Kinder bekommen sollen oder ob Inder bei uns arbeiten. Beides ist doch wünschenswert und deshalb holen wir an

dieser Stelle nach. Und sie werden mir als Politiker auch erlauben, dass ich das auch als solches kennzeichne. Das ist eine Fehlentwicklung gewesen, die von konservativer Seite betrieben wurde und die wir jetzt mühsam versuchen, aufzuholen. Wir haben übrigens ein ähnliches Phänomen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Er wurde über Jahre etwas verschlafen. Denken Sie dann die Zeit nach 2016, auch die letzte Amtszeit von Angela Merkel. Da ist in der Energiepolitik im Grunde eine Rolle rückwärts veranstaltet worden, und wir versuchen jetzt, das aufzuholen, um die, zu ihrer Zeit, verabredeten Pariser Klimaziele einzuhalten und um unsere Energiepolitik autark zu gestalten, jedenfalls unabhängiger, also nicht mehr von russischem Erdgas.

48:26

#### **Malte Pieper**

Aber um es dann etwas zu vereinfachen, heißt das, ihre Botschaft ist : „Wir müssen jetzt durch dieses AfD-Tal durch, und dann wird es besser.“?

#### **Armin Willingmann:**

Wir müssen in jedem Falle eine solide Politik dagegen setzen. Und diese solide Politik besteht nicht darin, jedem nach dem Munde zu reden, zugleich aber auch ein Stück weit zu schauen, wie die Bevölkerung darauf reagiert. Es gibt doch dieses schöne Luther-Zitat: „Man möge dem Volk auf’s Maul schauen.“ Das ist möglicherweise auch in meiner eigenen Partei mitunter nicht richtig gesehen worden. Ich glaube, dass es auch in der Vergangenheit ein gewisse Ungeschicklichkeit im Umgang mit der AfD gab. Wir hätten sie früher politisch stellen sollen. Wir hätten sehr viel früher in einem sehr, sehr kritischen Diskurs mit diesen sehr platten Thesen eintreten sollen. Das ist zu spät meines Erachtens geschehen. Aber jetzt geschieht es. Es geschieht jeden Monat im Landtag. Es geschieht jetzt hier in der parlamentarischen Auseinandersetzung, und auch in den Städten und Gemeinden. Und das ist auch richtig so. Wir müssen die AfD, von der ich nicht glaube, dass sie allzu nennenswerte Konzepte für die grundlegenden Fragen unserer Gesellschaft hat, wir müssen diese AfD stellen und wir müssen uns mit ihr auseinandersetzen.

#### **Malte Pieper**

Sagt Armin Willingmann, der stellvertretende Regierungschef von Sachsen-Anhalt und der Minister für Wissenschaft, Energie, Klima und Umweltschutz. Das Gespräch haben Anne-Marie Kriegel und ich am vergangenen Montag in Magdeburg aufgezeichnet ... Und damit sind wir auch hier am Ende. Anregungen, Anmerkungen und Kritik an: [wahlkreis-ost@mdr.de](mailto:wahlkreis-ost@mdr.de). Wir hören uns in 14 Tagen wieder und Wahlkreis Ost, unseren Podcast, den finden Sie, wie gewohnt, auf [mdr.de](http://mdr.de), in der ARD Audiothek und überall sonst, wo es Podcasts gibt.

*Wahlkreis Ost - der Politik-Podcast aus Leipzig*

Diese Transkription ist ein Service der MDR Redaktion Barrierefreiheit. Mehr barrierefreie Angebote finden Sie hier:

<https://www.mdr.de/barrierefreiheit/index.html>